



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0163/2022		Datum: 16.05.2022	
Dezernat 4			
Verfasser:	61-Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung	Az.: 61.1/VP	
Betreff:			
Förderprojekt Rad- (und Fuß-)verkehrsbrücke Rauental - Goldgrube (Bundesprogramm "Klimaschutz durch Radverkehr")			
Gremienweg:			
07.06.2022	Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Unterrichtung:

Das aus dem Programm „Bundeswettbewerb Klimaschutz durch Radverkehr“ im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes geförderte Maßnahmenpaket „Radbrücke PLUS: Stadtteilverbindende Rad- und Fußverkehrsbrücke Koblenz“ liegt gut im neuen Zeitplan.

Kernmaßnahme ist die Fuß- und Radverkehrsbrücke zwischen den Stadtteilen Rauental und Goldgrube. Sie wird – laut Zeitplan – in den Jahren 2025 und 2026 im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans 65b errichtet und effektiv mit 45 % Bundesmitteln bezuschusst.

Der gleiche effektive Fördersatz wird für den bahnparallelen Fuß- und Radweg zwischen dem Heiligenweg in Moselweiß und dem Winkel Behring-/ Hoevelstraße in Rauental gewährt, welcher voraussichtlich schon 2024/25 realisiert werden kann.

Der eigentliche Fördersatz beträgt zwar 90 %, allerdings wird nur die radverkehrsbezogene Hälfte der Herstellungskosten bezuschusst, nicht aber die fußverkehrsbezogene Hälfte – trotz intensiver Bemühungen der Verwaltung. Dennoch ist Nutzung der vorliegenden Förderzusage im Vergleich die beste verfügbare Zuschussoption, zumal Neubewerbungen auf andere Förderaufrufe mit stark verminderter Erfolgsaussicht verbunden wären.

Für die weiteren Projektmaßnahmen

- markierte Radverkehrsanlagen in Teilabschnitten der Koblenzer / Moselweißer Straße samt Lichtsignalanlagenoptimierung,
- Einrichtung einer Fahrradstraße im Quartiersumfeld der VHS/ Musikschule,
- Herstellung von Radabstellanlagen bei Schulen und Kliniken in den genannten Stadtteilen,
- Fahrrad-Dauerzählgeräte mit Anzeigestele und
- Öffentlichkeitsarbeit

werden sogar 90 % Bundeszuschuss gewährt. Ein Teil davon soll bereits in diesem Jahr verwirklicht werden. Den gesamten Maßnahmenumfang und die räumliche Lage zeigt die anliegende Übersichtskarte. Die städtischen Eigenmittel sind jeweils in den Haushaltsplänen bzw. -entwürfen angesetzt.

Mit zunehmender Konkretisierung gehen die teilprojektbezogene Federführungen zumeist vom Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung, das das Gesamtkonzept und den erfolgreichen Wettbewerbsbeitrag samt Förderantrag erstellt hat, an umsetzende Dienststellen über, insbesondere das Tiefbauamt.

Aktuelle Aktivitäten sind die planerischen Vertiefungen, erforderliche baurechtliche und eisenbahn-

betriebliche Genehmigungen (Zugverkehr-Sperrpausen für Baumaßnahmen im Gleisfeld), umweltbezogene Erkundungen und Begleitmaßnahmen sowie die Öffentlichkeitsarbeit.

Bekanntlich ist die Herstellung der vorgenannten Fuß- und Radverkehrsbrücke durch die Stadt Voraussetzung für die im Anschluss geplante Nachrüstung der Bahnstation „Verwaltungszentrum“. Die Brücke dient dann als Zugang zu den beiden Außenbahnsteigen, welche von der DB im Rahmen der „Stationsoffensive“ mit hoher Landesförderung geplant und gebaut werden sollen. Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Rheinland-Pfalz Nord und die Stadt Koblenz setzen sich für eine Priorisierung dieser Stationsmaßnahme ein, nachdem 2021 die bahnbetriebliche Machbarkeit einer kostengünstigen Ausführungsvariante nachgewiesen worden ist. Wenn dies gelingt, könnte die Station ab 2027 gebaut werden.

Anhang:

- Projektübersichtskarte
- VEP-Verträglichkeitsnachweis

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Das Maßnahmenpaket fördert den Rad- und Fußverkehr und kann im Zusammenhang mit ergänzenden Restriktionen für den Motorisierten Individualverkehr, insbesondere Verknappungen und Verteuerungen beim Pkw-Parken, zu nachhaltigen Minderungen beim Treibhausgasausstoß führen.